

## Kriegssteuerfragen.

Man schreibt uns von parlamentarischer Seite:

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und deshalb ist es verständlich, daß in den Kreisen der Volkswirtschaftler und Politiker die Frage der künftigen deutschen Finanzgebarung zu Erörterungen führt.

Sie fallen von selbst zusammen mit der Kriegszielfrage, ob Deutschland neben Landerwerb auch eine Kriegsentschädigung von seinen Gegnern fordern soll, und sie sind durch die negative Feststellung des Abgeordneten Scheidemann hervorgerufen worden, der in vielen Großstädten Deutschlands mit seiner Parole „Ein jeder trage seine eigene Last“ den Gedanken einer Kriegsentschädigung zurückwies. Fast zugleich haben zwei bürgerliche Politiker auf die Bestrebungen hingewiesen, die sich neuerdings bemerkbar machen. In Stralsund hat der konservative Abgeordnete Freiherr v. Malzkahn nach dem Bericht der „Stralsunder Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die Kriegskosten schon heute etwa 100 Milliarden erreichten, daß wir mit einer fählichen Belastung von 6 Milliarden rechnen müßten und daß einige Finanztechniker sagen, man wolle nach dem Kriege eine Vermögenskonfiskation von etwa 30 v. H. eintreten lassen, um damit die Kriegskosten zu decken.

Auf ähnliche Bestrebungen hat der Abgeordnete Dr. Stresemann in einer Rede in Hannover hingewiesen. Beide Politiker haben nicht eine solche Vermögenskonfiskation angeregt oder gutgeheißen, vielmehr große volkswirtschaftliche Bedenken dagegen geltend gemacht. Die Deffentlichkeit hat die Betonung dieses Gedankens vielfach als eine unzeitgemäße Beunruhigung zurückgewiesen. Das scheint uns Vogel Strauß-Politik zu sein. Man muß den Dingen ins Gesicht sehen, und wir verstehen nicht, weshalb angesichts der Agitation eines sozialdemokratischen Führers, der leicht hin auf eine Kriegsentschädigung verzichten will, andere Politiker nicht das Recht haben sollten, auf die Konsequenzen einer solchen Politik aufmerksam zu machen. Mit vollem Recht betont deshalb die „Magdeburgische Zeitung“, daß der Abgeordnete Stresemann, dessen Name in diesem Zusammenhang zumeist genannt worden ist, das unzweifelhafte Verdienst habe, einmal die Frage der künftigen Gestaltung der Finanzen in Fluß gebracht und der Deffentlichkeit über die Bedeutung der Kriegsentschädigungsfrage die Augen geöffnet zu haben.

Amtlich sind Anregungen auf eine Vermögensabgabe vielleicht an die maßgebenden Ämter gekommen, aber sie haben sich dort nicht zu irgendwelchen ernsthaften Vorschlägen verdichtet. Wir glauben deshalb auch nicht, daß die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg recht berichtet ist, wenn sie an das Bestehen eines solchen Planes glaubt. Zuerst hat man, wie das genannte Blatt schreibt, es in den eingeweihten Kreisen in Berlin getuschelt, dann ging es im Reichstag von Mund zu Mund, und einer der einflußreichsten Parteiführer habe im Reichstag auf das lebhafteste für den Plan agitiert. Man habe für ihn angeführt, daß eine große Sorge besser zu tragen ist, als auch für unsere Kinder nicht endende Sorgen, daß Deutschlands freie Entwicklung durch die rasche Amortisierung der Kriegsschuld ermöglicht, durch eine lange Fortdauer überaus hoher Steuern auf lange Jahrzehnte hinaus gehemmt sein würde, daß in der patriotischen Stimmung des Krieges leichter ein außerordentlich großes Opfer geheißt werden könne, als daß, wenn die nationale Welle längst geebbt haben wird, ununterbrochen durch hohe Steuern an die Zeiten des Krieges erinnert werde.

Das genannte bayerische Blatt verwechselt unseres Erachtens mit diesen Darlegungen ebenso wie die Deffentlichkeit bezüglich der hannoverschen Rede des Abgeordneten Stresemann Anregungen und Wünsche aus volkswirtschaftlichen Kreisen mit solchen amtlicher Stellen. Daß der Gedanke einer Vermögensabgabe in volkswirtschaftlichen Kreisen erörtert wird, ist bekannt. Georg Bernhard hat dies in der letzten Nummer des „Blutus“ getan und ist dabei zu einem ablehnenden Ergebnis gekommen. Professor Lujo Brentano ist für den Gedanken einer Vermögensabgabe eingetreten. Ein Praktiker wie Dr. Walther Rathenau, der Präsident der A. G. S., hat sich in einem Vortrag für die Vermögensabgabe erklärt und ins einzelne gehende Vorschläge für die Zahlung einer solchen Vermögensabgabe mit Hypothekeneintragungen seitens des Staates gemacht.

Ebenso ist bekannt, daß führende Persönlichkeiten der rheinisch-westfälischen Großindustrie, die natürlich sämtlich auf dem Boden der Erringung einer Kriegsentschädigung stehen, sich theoretisch ebenfalls für den Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe anstelle einer fortlaufenden hohen Steuer ausgesprochen haben. Mit Entschiedenheit wendet dem demgegenüber Herr Geheimrat Dr. Friedberg, der insbesondere gegen den Vorschlag des Herrn Dr. Walther Rathenau polemisiert, gegen diesen Gedanken und weist darauf hin, daß dem Reiche in der Warenumsatzsteuer ein Mittel zur Verfügung stände, um große Beiträge zu erfassen.